



# DAS ROTE TUCH

## FÜR EINE SOZIALISTISCHE ZUKUNFT

26. Juni 2009

ArbeiterInnen aller Länder, vereinigen wir uns! (Karl Marx)

Preis: 0,50 €

### Die eigenen Aktionäre und Manager plünderten Karstadt aus!

Während 70.000 Beschäftigte des insolventen Konzerns Arcandor (Karstadt) nicht wissen, was mit ihrer Zukunft ist, sitzen seine Aktionäre und Manager in einem goldenen Rettungsboot.

Seit Jahren haben die nämlich wertvolle Teile aus dem Konzern geklaut und damit Löcher in das „Boot“ Arcandor gerissen, das nun mitsamt der Mannschaft untergeht.

Man nehme nur die Oppenheim-Bank, die ein Viertel von Arcandor besitzt. Die hat 2003 fünf Karstadt-Häuser sehr billig gekauft und sie danach für horrende Mieten an Karstadt zurück vermietet. Bis zu 23% vom Umsatz des Kaufhauses musste Arcandor als Miete zahlen! Dabei ist schon eine Miete von 10% des Umsatzes die „Todesgrenze“ für ein Warenhaus. Alles darüber hinaus bedeutet zwangsläufig, ein Kaufhaus tief in die roten Zahlen zu treiben. Die Oppenheim-Bank hat also wissentlich ihr eigenes Unternehmen mit ruiniert!

#### Die im Dunkeln sieht man nicht

Und warum hat Karstadt das mitgemacht? Vielleicht, weil alle seine Spitzenmanager (Urban, Middelhoff, Eick...) seit Jahren eng mit der Oppenheim-Bank verbunden sind? Gegen den Ex-Vorstandsvorsitzenden Middelhoff wurde deswegen jetzt ein Verfahren wegen Untreue eröffnet. Er und seine Frau haben nämlich jeder einen Anteil im Wert von 7,5 Millionen Euro an diesem Im-

mobilienfonds der Oppenheim-Bank, der die Karstadt-Häuser besitzt. Er profitierte damit direkt von den horrenden Mieten.

Unter Middelhoff wurden tausende Arbeitende entlassen, mussten alle Beschäftigten massive Sparmaßnahmen erleben, weil es Karstadt „so schlecht“ gehe. So schlecht, dass er und seine Kumpanen jedes Jahr noch Millionen in ihren Taschen verschwinden lassen konnten... bis zum Tag der Insolvenz!

Und das ist nur, was bekannt wurde. Wie viel dahinter liegt im Dunkeln, was niemand mitbekommt? Schließlich finden all diese Entscheidungen der Aktionäre, geschützt durch Bank- und Geschäftsgeheimnis, hinter verschlossenen Türen statt. Dabei entscheiden sie dort über Leben und Zukunft der Arbeiter, wie die Beschäftigten von Arcandor heute schmerzlich erfahren müssen.

#### Eine Kontrolle durch Beschäftigte und Bevölkerung

Es wäre dringend nötig, dass die Arbeitenden, die alle Reichtümer schaffen, auch kontrollieren, wie dieser Reichtum eingesetzt wird. Das Bank- und Geschäftsgeheimnis muss abgeschafft werden. Dann könnten die Beschäftigten von Arcandor und die Bevölkerung

zum Beispiel schon seit Jahren wissen, was mit dem Geld bei Karstadt geschieht: wo es herkommt und über welche Wege es auf welche Konten fließt.

Wenn sie außerdem die Konten, den Immobilienbesitz, das Vermögen der großen Aktionäre und Manager kontrollieren könnten, dann hätten sie erfahren, wer welche Beziehungen zueinander hat, wer wo Vorteile und Aktien besitzt und wie viel des Reichtums der Arbeiter letztlich in den Taschen der parasitären Spekulanten landet.

Dann würden die Beschäftigten – nicht nur bei Arcandor – auch sehen, dass genug Geld da ist, um alle Arbeitsplätze bei ordentlichen Löhnen zu erhalten, sogar trotz Insolvenz.

Die Arbeitenden und die Bevölkerung müssten sich auch das Recht erobern, hinter die verschlossenen Türen der Vorstände und Aufsichtsräte zu schauen: Nur so können sie die Pläne und Vorhaben der Unternehmer rechtzeitig im Vorfeld erfahren. Nur so hätten die Beschäftigten eine Chance, gegen schädliche und gefährliche Pläne wie den Verkauf und die Irrsinns-Mieten bei Arcandor mobil zu machen und sie rechtzeitig zu verhindern.

So schwer dieser Weg auch zu sein scheint – er ist in keinem Fall so schwer, wie reihenweise in Arbeitslosigkeit und Armut gestürzt zu werden. Er ist für die Arbeitenden auf Dauer die einzige Möglichkeit, der sozialen Katastrophe zu entgehen.



Hinter diesen verschlossenen Türen wurde alles entschieden

Quelle: www.oppenheim.de

### Ein Programm zum Nicht-Wählen

In ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl verspricht die CDU ein Mindesteinkommen mit einer „Kombination aus fairen Löhnen und ergänzenden staatlichen Leistungen“. „Faire Löhne“ sind für die CDU also Löhne, die so niedrig sind, dass man zusätzlich HartzIV braucht!

## Futter für die Lebensmittel-Konzerne

Deutschland hatte sich als einziges EU-Land lange geweigert, offen zu legen, an wen die Agrarsubventionen der EU fließen.

Nicht ohne Grund. Denn nun wurde bekannt, dass die größten Empfänger dieser Subventionen, die angeblich den notleidenden Bauern helfen sollen... Lebensmittelkonzerne wie Südzucker, Storck und Ritter oder große Molkereien wie Nordmilch, Campina und Zott sind. In den anderen EU-Ländern sieht es nicht besser aus: Unter den 24 größten Empfängern der EU-Landwirtschafts-Subventionen ist nicht ein einziger Landwirt!

**Ein Großteil dieser Agrarsubventionen, die 40% des Budgets der EU ausmachen, dient also wieder mal nur dazu, große Konzerne mit Millionen aus unseren Steuergeldern zu füttern.**

## Nach der Wahl ist vor der Wahl – oder umgekehrt ?

**Am 7. Juni war Europawahl – doch die deutliche Mehrheit von fast 60% der Wahlberechtigten in Europa hat nicht gewählt. Besonders die einfache Bevölkerung: In den Arbeitervierteln des Ruhrgebiets zum Beispiel ist nicht einmal jeder dritte Wahlberechtigte zur Wahl gegangen. Deutlicher konnte die arbeitende Bevölkerung nicht zeigen, dass sie von diesem Europaparlament nichts erwartet.**

Die Wahlen waren gleichzeitig ein Ausdruck der Missbilligung für die Regierung und ihre Politik. Alleine Merkels CDU/CSU hat 1,5 Millionen Wähler verloren, das sind 6,7% weniger als bei der letzten EU-Wahl.

Und die SPD bezahlt mit ihrem schlechtesten Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl seit 1949 den Preis für ihre Beteiligung an der großen Koalition und die 7 Jahre Schröder-Regierung davor. Nach HartzIV, der Rente ab 67 und den Banken-

## Postgeheimnis gelüftet

Im Juli und August wird die Post „zunächst probeweise“ 15 der 82 Postverteilzentren am Sonntag schließen. Das bedeutet für die Beschäftigten mehr Arbeit an den anderen Tagen und in den übrigen 67 Verteilzentren. Und für die Bevölkerung, dass Briefe auch mal länger unterwegs sein werden.

Außerdem werden montags nur noch halb so viele Postboten eingesetzt – ihr Verteilgebiet verdoppelt (!) sich an diesen Tagen.



Natürlich ist laut dem Post-Vorstand die Wirtschaftskrise der Grund für diese Maßnahme – und dass allgemein weniger Post verschickt würde. Wenn

aber angeblich weniger Arbeit da ist – warum kündigt die Post dann gleichzeitig an, ab Juli den Arbeitern auf Nachtschicht knapp 50 Minuten bezahlte Pause zu streichen, das heißt sie 50 Minuten mehr arbeiten zu lassen? Und warum plant sie, die Arbeitszeiten aller Postboten in den nächsten anderthalb Jahren ohne Lohnausgleich deutlich zu verlängern?

**Die Krise ist nur der Vorwand, um alle Postbeschäftigten mehr und länger arbeiten zu lassen – für weniger Geld. Leider ist dem Post-Vorstandschef Appel dieses Post-Geheimnis aus Versehen herausgerutscht.**

Er erklärte in einem Interview mit der *Financial Times Deutschland*, Einsparungen und Arbeitszeitverlängerung müssten rasch durchgesetzt werden, denn „wenn die Konjunkturerholung schnell kommt, verlieren wir all unsere Argumente“.

Rettungspaketen konnte sie viele ihrer früheren Wähler in der arbeitenden Bevölkerung kaum noch überzeugen, zur Wahl zu gehen.

2 Millionen Menschen, insbesondere in den Arbeiterstadtteilen, haben dafür die Partei „Die Linke“ gewählt. Für die Mehrheit von ihnen war dies sicherlich die Gelegenheit, ihre Wut über die Politik der Regierung auszudrücken und insbesondere darüber, dass die ganze Last der Krise auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt wird.

### **Trotz Wahlkampf – die Angriffe der Unternehmer gehen unvermindert weiter**

**Die Folgen dieser Krise sind heute die wahren Sorgen der einfachen Bevölkerung:**

Kein Tag vergeht ohne Massenentlassungen, Werks- und Filialschließungen, ohne weitere Lohnverluste und Kurzarbeit. Doch die Politiker sind nur

damit beschäftigt, ihren nächsten Wahlkampf zu organisieren. Sie schwafeln von einer „sicheren Zukunft“ und vom „Anpacken für Deutschland“ – während für uns die Angriffe der Unternehmer unvermindert weiter gehen und Existenzangst immer größere Teile der Arbeitenden erfasst!

**Viel zu erwarten hat die einfache Bevölkerung daher von den Wahlen nicht – von den Bundestagswahlen im September ebenso wenig wie von der Europawahl. Die neu gewählte Regierung, egal ob schwarz-gelb, schwarz-rot oder sonst eine Farbkombination, wird ihr ebenso wenig wie die alte Regierung helfen, sich in der Krise zu verteidigen.**

**Im Gegenteil, sie wird weiterhin den Bankern und Großaktionären helfen, die gesamte Krise auf die Bevölkerung abzuladen, um ihre Vermögen zu erhalten. Um dies zu verhindern, werden die Arbeitenden nur auf ihre eigene Kraft und Mobilisierung vertrauen können.**

## Iran: Mit Protesten wird es nicht vorbei sein

Der Wächterrat, das oberste Gremium der iranischen Diktatur, hat erneut bekräftigt, dass es den scheidenden Präsidenten Ahmadinedschad als den absoluten Wahlsieger des ersten Wahlganges und damit als neuen Präsidenten ansieht. Trotz der Massenproteste soll es keine Neuwahlen und auch keine Neuauszählung der Stimmen geben.

**Hunderttausende sind in den vergangenen Tagen in Teheran und anderen Städten des Irans in Empörung dagegen auf die Straße gegangen. Sie haben das Gefühl, dass ihnen ihr Wahlzettel gestohlen wurde.**

Das iranische Regime antwortete mit brutaler Gewalt auf die Demonstrationen, mit Knüppeln und Scharfschützen: Dutzende haben ihr Leben verloren, zahlreiche wurden schwer verletzt und noch mehr verhaftet.

**Nach dem Wenigen zu urteilen, was nach außen dringt, scheinen die Proteste nun vereinzelter und schwächer zu werden. Doch tagelang haben die Demonstranten, darunter viele junge Leute und auch viele Frauen, unter der Sympathie von Millionen Menschen mutig der staatlichen Gewalt standgehalten.**

### **Gegenkandidat Moussavi ?**

Der Gegenkandidat Moussavi hatte in vielen Städten die Hoffnung auf etwas mehr Freiheit in dieser islamistischen Diktatur geweckt, die allen mit Sittenpolizei und massiver Unterdrückung

ihren Käfig aus Moralgesetzen aufzwingt. Doch als nun Hunderttausende spontan für ihn auf die Straße gingen, da brandmarkte Moussavi die Demonstranten zunächst sogar als „Unruhestifter“ und rief immer wieder zur Ruhe auf.

Kein Wunder: Denn Moussavi ist kein Gegner, sondern ein fester Bestandteil des islamistischen Regimes. Sonst wäre er gar nicht Präsidentschaftskandidat. Denn der Wächterrat und der oberste Führer Khamenei, die die eigentliche politische Macht in den Händen halten, haben nur 4 von 475 (!) Kandidaten überhaupt zugelassen.



Quelle: <http://twitter.com/7gtbu>  
**15. Juni: 2 Millionen in den Straßen Teherans**

Moussavi ist sogar von 1981 bis 1989 schon Premierminister gewesen, als besonderer Liebling des damaligen religiösen Führers Ayatollah Khomeini. Unter Moussavi wurden zehntausende Oppositionelle verhaftet und getötet, wurden Widerstand und Streiks blutig unterdrückt. Die Veränderungen, die sich die iranische Bevölkerung von ihm erhoffen könnte, sind also mehr als begrenzt.

Seine zögerliche Haltung gegenüber

den Demonstrationen und sein Programm, das sich ausschließlich an die Mittelschichten und nicht in Ansätzen an die ärmeren Schichten richtete, haben jedenfalls den Protesten nicht gerade geholfen, sich zu entwickeln.

### **Hoffnung für die Zukunft**

Es ist jedoch längst nicht gesagt, dass die Hunderttausenden, die spontan tagelang auf den Straßen waren und die Millionen, die mit ihnen sympathisierten, nun die nächsten Jahre wieder ruhig dieses diktatorische, menschen- und frauenverachtende Regime der Mullahs ertragen werden.

**Die Zukunft wird es zeigen. Und auch, ob sich der Widerstand weiter auf die mittleren Schichten der Städte beschränken wird, oder ob er auch die große Masse der ärmeren Schichten, der Arbeiter und kleinen Bauern ergreifen wird, die besonders unter der dramatischen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage leiden. Eine solche Bewegung hätte die Kraft und Möglichkeit, weit über einen Präsidentenwechsel hinaus den gesamten diktatorischen Staat in Frage zu stellen.**

### **„Schluss mit Kuschnel“**

Für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen streiken die Angestellten der Kitas. Dieser bereits 7 Wochen andauernde Streik soll auch nach den Sommerferien weiter gehen. Denn die Arbeitgeber – die Kommunen – haben die Frechheit, noch immer als einziges „Angebot“... Lohnsenkungen vorzuschlagen! Sie setzen darauf, dass den Streikenden auf Dauer die Puste ausgeht und die Eltern sich gegen die Streikenden wenden.

Es sind die Arbeitgeber, die mit dieser Taktik den Streik in die Länge ziehen. Sie sind es auch, die mit ihrer Sparpolitik seit Jahren die Bedingungen für alle, Erzieherinnen, Kinder und Eltern verschlechtern. Doch es ist längst nicht sicher, dass es nicht am Ende die Arbeitgeber sind, die von den Erzieherinnen erzogen werden.

### **Man muss nur die „richtigen“ Schulden machen**

Immer mehr Menschen brechen unter Schulden zusammen. 4 Millionen Haushalte in Deutschland sind überschuldet. In einer Stadt wie Essen müssen 25.000 Menschen vor Gericht Privatinsolvenz anmelden. Die Mehrheit von ihnen ist zwischen 30 und 40 Jahre alt, verheiratet mit Kindern. Sinkende Löhne bei steigenden Preisen für Strom und Heizung oder plötzliche Arbeitslosigkeit haben sie in den Ruin getrieben.

Ihre Zahl ist in den letzten Jahren dermaßen gestiegen, dass die Schuldnerberatungen völlig überlastet sind. Ein Jahr Wartezeit für Betroffene ist heute die Regel.

Mit der Krise, den Entlassungswellen und drastisch sinkenden Löhnen kann sich die Lage nur verschlimmern. Schon ist die Zahl der Privatinsolvenzen seit Januar deutlich gestiegen. Doch auf einen „Rettungsschirm“ der Regierung können die Betroffenen lange hoffen. Den gibt's nur, wenn man in der Lage ist, dutzende Milliarden an der Börse zu verspekulieren.

## „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut“

Zehntausende junge Leute sind in der letzten Woche auf die Straße gegangen. Schüler, Berufsschüler und Studenten demonstrierten gemeinsam für kleinere Klassen, mehr Lehrer, für die Abschaffung der Studiengebühren und eine einzige Schule für alle bis zur 10. Klasse, das heißt für die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems.

### Ein Schulsystem der sozialen Ungerechtigkeit

**Die Trennung in Haupt-, Realschule und Gymnasium, die in Deutschland immer noch existiert, zeigt besonders deutlich, dass die Schule die sozialen Ungerechtigkeiten nicht etwa verringert, sondern befestigt.**

Wenn ein Kind gerade 10 Jahre alt ist, müssen Lehrer und Eltern schon festlegen, auf welche Schulform es geht. Als ob man schon in diesem Alter einschätzen könnte, welche Fähigkeiten und Begabungen ein Kind hat!

### Eliteschule statt Jugendzentrum

Das Jugendhaus Papestraße in Essen-Holsterhausen wird geschlossen. Die Jugendlichen werden in die Weststadthalle in der Innenstadt abgeschoben, für die die Stadt seit Jahren keinen anderen Mieter findet. Jeder weiß, dass dies nicht klappen wird: Das neue Gebäude – eine Konzerthalle – ist völlig ungeeignet und das Jugendzentrum viel zu weit vom Stadtteil weg.

Monatelang war die Begründung: „Das Gebäude an der Papestraße ist marode und muss abgerissen werden.“ Auf einmal aber hat die Stadt jetzt doch 15 Millionen Euro, um das Jugendzentrum zu renovieren. Allerdings... als Standort für die neue Eliteschule, an der ab dem nächsten Jahr 500 Kinder reicher Eltern gegen eine jährliche Schulgebühr von 11.000 – 14.000 Euro (!) unterrichtet werden sollen.

Wenn Schule und Eltern so viel Geld haben, dann können sie auch die Renovierung ihrer Gebäude selber bezahlen. Das städtische Geld gehört in die Kinder- und Jugendarbeit, die der gesamten einfachen Bevölkerung nutzt!

Eben weil ein Kind seine eigene Persönlichkeit noch gar nicht richtig entwickelt hat, entscheidet viel mehr der soziale Hintergrund, also Beruf, Ausbildung, soziales Umfeld und der Geldbeutel der Eltern, auf welche Schule das Kind kommt und damit, was es lernen darf, welchen Abschluss und welchen Beruf es machen kann.



Kinder aus Arbeiterfamilien haben allein schon dadurch nie dieselben Chancen wie ein Kind, dessen Eltern Richter, Journalisten oder Ärzte sind. Und all die „Reformen“ der letzten Jahre haben diese Ungerechtigkeit noch verschlimmert. Die Einführung der Studiengebühren ist eine wirkliche Hürde, die Kinder aus der einfachen Bevölkerung daran hindert, zu studieren.

Auch die Verkürzung der Schulzeit bis

zum Abitur von 13 auf 12 Jahre, die überfüllten Klassen, die fehlenden Lehrer benachteiligen genau diese Kinder. Denn sie können dies kaum durch eine „zweite Schule“ zu Hause, durch die Familie oder teure Nachhilfe ausgleichen.

**Alle Maßnahmen der Regierung versperren so den Kindern der arbeitenden Bevölkerung immer noch mehr den Zugang zu einer guten und umfassenden Ausbildung.**

### Eine Ausbildung, die des 21. Jahrhunderts würdig ist

**Eine solche umfassende Ausbildung würde bei den ganz Kleinen anfangen. Sie würde ihnen die Möglichkeit geben, die unterschiedlichsten Bereiche kennen zu lernen und so ihre Lust und ihre Fähigkeiten erwecken und fördern.**

Sie würde ihnen dann die Chance geben, diese Interessen und Fähigkeiten weiterzuentwickeln, so lange und so weit es ihnen möglich ist. So eine Ausbildung wäre heute für alle nötig – und möglich. Die Kinder sind schließlich die Zukunft der Gesellschaft.

Die Jugendlichen haben daher völlig Recht, wenn sie ihre Zukunft auf der Straße einfordern.

### Eine Konjunktur der Aufrüstung

**Die weltweiten Militärausgaben haben 2008 einen neuen grausamen Rekord erreicht: 1464 Milliarden Dollar.**

Über 40% davon geben alleine die USA aus. Doch auch Deutschland kommt hinter England, Japan oder Frankreich auf den stolzen sechsten Platz. Und die Regierung fügt dem nun weitere 500 Millionen aus dem Konjunkturpaket hinzu, zum Kauf von Maschinengewehren, Militärfahrzeugen usw.

Die Konjunktur, die sie damit befördern, ist eine Konjunktur der Kriege, deren Preis die Völker im Irak oder

Afghanistan mit Tod, Verstümmelung, Elend und Zerstörung bezahlen. Und die gigantischen Summen fehlen für die Bevölkerungen der ganzen Welt, für Gesundheit, Ernährung, Bildung. Mit den Militärausgaben von nur einem Jahr könnte man 50 Jahre lang die gesamte Weltbevölkerung ernähren!

**Die hunderte Milliarden sind aber nicht für alle verloren. Sie fließen in die Kassen der Rüstungskonzerne, von Heckler&Koch, ThyssenKrupp oder EADS. Deren Gesundheit und Wohlbefinden ist das einzige, das der Kapitalismus garantiert.**

**Wollen Sie uns erreichen?**

**DAS ROTE TUCH** - Postfach 10 08 02 - 45008 Essen  
E-Mail: [das-rote-tuch@gmx.de](mailto:das-rote-tuch@gmx.de) Telefon: 0157 – 76493485